

XXIV. GP.-NR

6974 /J

19. Nov. 2010

**ANFRAGE**

der Abgeordneten Schenk, Ursula Haubner  
und Kollegen  
an die Bundesministerin für Frauen und Öffentlichen Dienst  
betreffend Maßnahmen gegen psychische Erkrankungen

Bereits im Frauengesundheitsbericht 2005 wurde festgestellt, dass Frauen doppelt so häufig wie Männer von Depressionen betroffen sind. Daher resultiert eine Übermedikalisierung von Frauen im Bereich der Psychopharmaka wie Anti Depressiva oder Tranquilizer von Frauen. Mehr als 70% dieser Medikamente wurden an das weibliche Geschlecht verschrieben.

Die in dem zitierten Bericht erfassten Daten zur gesundheitlichen Lage von Frauen in Österreich sollten als Ausgangspunkt für die weitere Strategieentwicklung zur Erlangung eines geschlechtergerechten Gesundheitssystems angesehen werden.

Heute, fünf Jahre danach wissen wir, dass psychische Erkrankungen und Leiden wie Depressionen und Burnout nach wie vor ein gravierendes Problem darstellen. Laut dem Gesundheitsbericht 2009 ist „seit langem bekannt, dass Maßnahmen der Gesundheitsförderung und Prävention umso besser angenommen werden und effektiver sind, je genauer sie auf die jeweilige Zielgruppe abgestimmt werden. Im Bereich Burnout wissen wir jedoch lediglich, dass alle Bevölkerungs- und Berufsschichten betroffen sind und die Zahl der Erkrankten und gefährdeten Personen stetig steigt. Der Gesundheitsminister jedoch (5329/AB) verwendet noch immer Zahlenmaterial aus einer Burnout-Studie aus dem Jahr 2007, die er als „aktuell“ ansieht.

Sie haben im Sommer 2010 die Behandlung von seelischen Leiden auf Krankenschein gefordert, der Gesundheitsminister setzt jedoch auf den präventiven Ansatz. Im Hinblick auf Neuerkrankungen mag dies zielführend sein, nicht jedoch bei den bereits von Burnout betroffenen Personen. Wie viele das tatsächlich sind lässt sich schwer eruieren, was die Bundesregierung anscheinend von einer Evaluierung abhält.

Im Hinblick auf die Kosten von bis zu 300 Millionen Euro jährlich, die in Österreich für psychische Erkrankungen ausgegeben werden und dem volkswirtschaftlichen Schaden, der aus 2,5 Millionen Krankenstandtagen resultiert, ist ein diesbezüglich passives Verhalten grob fahrlässig.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Abgeordneten an die Bundesministerin für Frauen und Öffentlichen Dienst folgende

**ANFRAGE:**

1. Wie beurteilen Sie das Burnout-Risiko für Frauen?
2. Wie viele Frauen sind Ihrer Einschätzung nach von Burnout betroffen und gefährdet?
3. Auf welches Zahlenmaterial greifen Sie hinsichtlich Frage 2 zurück?

4. Wie aktuell sind diese Zahlen, halten Sie eine Aktualisierung für notwendig?
5. Werden Sie eine Studie über die Situation von Burnout-Erkrankte und Betroffene in Auftrag geben? Wenn ja, wann? Wenn nein, warum nicht?
6. Hat sich die im Frauengesundheitsbericht 2005 beschriebene und eingangs erwähnte Lage von Psychopharmaka konsumierenden Frauen verändert? Wenn ja, in wie fern?
7. Sind Sie mit Ihrem Kollegen Bundesminister Stöger betreffend die Thematik Frauengesundheit in Kontakt? Wenn ja, wie oft, in welcher Form und mit welchem Ergebnis?
8. Haben Sie sich bei Ihrem Kollegen Bundesminister Stöger für eine Bewusstseinschaffung von Burnout-Erkrankungen bei Frauen eingesetzt? Wenn ja, wann, in welcher Form und mit welchem Ergebnis? Wenn nein, warum nicht?
9. Haben oder werden Sie sich auch bei weiteren Adressaten (Sozialpartnern, Unternehmen, etc.) für die Bewusstseinschaffung von Burnout-Erkrankungen bei Frauen einsetzen?
10. Im Gleichbehandlungsausschuss und Rechnungshofausschuss kündigten Sie an, das Thema Burnout bei der Landeshauptleutekonferenz zur Sprache bringen zu wollen. Ist dies bereits erfolgt? Wenn ja, wann und mit welchem Ergebnis? Wenn nein, warum nicht und werden Sie dies noch tun?
11. Halten Sie eine Behandlung von Burnout bzw. psychischen Leiden auf Krankenschein noch immer für sinnvoll?

*R. ...*  
*li. ...*  
*Defonca 1*  
*M. ...*  
*...*